

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.20 Uhr
Ende: 14.25 Uhr

1) Bezirkssportplatz Graz-Mariatrost

GR. Mag. **Mariacher** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bezirkssportplatz Graz – Mariatrost ist in Umbau sind Umbaumaßnahmen und es sind die Angebote, die es bis zu dem Umbau gegeben hat, in Form von zwei Tennisplätzen auf Asphaltplätzen und der Fußballplatz, der öffentliche Fußballplatz, der wirklich von vielen Mariatroster Jugendlichen und Kindern, aber auch von anderen aus anderen Bezirken Verwendung gefunden hat, derzeit unbespielbar. Die Sommersaison, die Freiluftsaison hat begonnen und auf der Informationstafel, die seitens der Stadt Graz angebracht worden ist zum gegenständlichen Bauprojekt ist keinerlei Hinweis gegeben, bis wann dieser Bezirkssportplatz wieder ordnungsgemäß der Jugend zur Verfügung steht. Daher stelle ich an Stadtrat Eisel-Eiselsberg nachfolgende

Frage:

Wann werden die Kinder und Jugendlichen aus Graz-Mariatrost wieder über einen ordentlichen und vollständig funktionsfähigen öffentlichen Bezirkssportplatz verfügen, auf dem insbesondere Fußball gespielt werden kann, denn derzeit fehlen sogar die Tore. Danke.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Aufgrund der Kündigung durch den Grundeigentümer müssen wir diesen Bezirkssportplatz verlegen. Das ist mit Kosten von rund 200.000 Euro verbunden. Diese Mittel können wir über Einsparungen aus den Jahren 2008 und 2009 darstellen, die Übertragung auf die

heurigen zur Verfügung stehenden Mittel wird im Mai-Gemeinderat beschlossen werden aus heutiger Sicht. Parallel dazu haben wir alle Ausschreibungsunterlagen vorbereitet, sodass wir unmittelbar nach Gemeinderatsbeschluss die Ausschreibung starten können und im Anschluss dann mit der Errichtung beginnen können. Wir planen einen Allwetterplatz für Basketball und Fußball, eine eingezäunte Wiesenfußballfläche sowie einen Rasenvolleyballplatz, darüber hinaus auch Sitzgelegenheiten und Radständer bei diesem neuen Bezirkssportplatz. Wir gehen davon aus, dass der Allwetterplatz im Juli dieses Jahres beispielbar sein wird. Die Rasenfläche, weil die ja anwachsen muss, im Herbst des Jahres, spätestens aber im Frühjahr des kommenden Jahres.

GR. Mag. **Mariacher**: Bedanke mich für die Beantwortung. Ich würde ersuchen, dass auch für die Pflege- und Reinhaltung der Flächen des neuen Bezirkssportplatzes entsprechend Vorsorge getroffen wird und die Zusatzfrage ist: Warum über Fertigstellungs- oder Inbetriebnahmetermine auf den Informationstafeln keine Hinweise sind, beziehungsweise ob das nicht als Anregung aufgegriffen werden könnte, das hinkünftig entsprechend zu kommunizieren auch den Bürgern.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Das ist zweifellos ein Mangel und ich nehme die Anregung gerne auf und das für diese Baustelle machen zu lassen beziehungsweise in Zukunft vorzusehen (*Applaus ÖVP*).

2) Grazer Sommerkultur

GR. Mag. **Titz** stellt an StR. Mag. Dr. Wolfgang **Riedler** folgende Frage:

GR. Mag. **Titz**: Ich darf Herrn Stadtrat Dr. Riedler fragen und appelliere an sein Einfühlungsvermögen, wenn ich ihn bitte, er soll sich bei der Beantwortung der Frage möglichst in die Lage der Grazer Sommerkulturveranstalter versetzen.

Die

F r a g e

lautet: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Wie würden Sie als Veranstalter das Engagement und den diesbezüglichen Erfolg des Grazer Kulturstadtrates nach dem Schulnotensystem beurteilen?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also das sind eine ganze Menge Konjunktive drinnen für eine Frage in der Fragestunde, aber sehr gerne. Selbstverständlich mit sehr gut.

GR. Mag. **Titz**: Wie würden Sie meinen, fühlen sich Veranstalter, wenn sie zu einem gemeinsamen runden Tisch eingeladen werden und der sehr gute Kulturstadtrat kommt gar nicht. Würden Sie das als Veranstalter eher als Zeichen des Desinteresses oder des Hochmutes bewerten?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Weder noch. Erstens einmal vermute ich, Sie sprechen die Veranstaltung der Kollegin Grabner an, sie hat leider den Termin mit mir nicht abgesprochen, sodass ich eine unaufschiebbare andere Verpflichtung hatte. Es ist vielleicht im Büro bei ihr was schiefgegangen, das mag vorkommen. Das Zweite ist, dass selbstverständlich ein Vertreter, und zwar der Leiter des Kulturamtes, dabei war und bedauerlicherweise muss ich sagen, waren die Veranstalter vor allem von dem Kürzen der Mittel aus dem Wirtschaftsressort tief betroffen und auch empört, das könnten Sie aber, und daher auch die sehr gute Beurteilung, vom Kulturreferenten keineswegs sagen. Die Förderung von Sommerkulturprojekten beträgt zum Beispiel

im Zusammenhang mit den bereits ausgezahlten Förderungen 2009 im Verhältnis zum Gesamtjahresbetrieb, also wenn ich die zwei Sommermonate rechne, rund 30 % des gesamten Kulturförderungstopfes, 2010 wird sich das ein kleinwenig verschieben, weil die Sonderförderung für die styriarte wegfallen wird, und bei 30 % der gesamten Kulturförderungen für zwei Monate Sommerbetrieb ergibt sich eben aus meiner Sicht die Schulnote eins. Ich könnte sie jetzt nicht im Detail auch anführen, aber Sie als Vorsitzender des Kulturausschusses sind ohnehin sehr, sehr gut informiert. Eine römische Eins wäre anstrebenswert, aber nur möglich, wenn es tatsächlich mehr Budget vom Finanzreferenten gäbe (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Titz**: Herr Stadtrat, ich danke für das sehr gute Desinteresse.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich komme nun zum nächsten Antragsteller, Herr Gemeinderat und Klubobmann Karl-Heinz Herper stellt die Frage an die Frau Vizebürgermeisterin. Da sie entschuldigt ist, werde ich die Antwort stellvertretend geben und darf den Vorsitz an den Herrn Stadtrat Rüschi übergeben.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 13.30 Uhr den Vorsitz.

3) Citybike

GR. **Herper** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Herper**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr aufmerksam, dass du die Fragestellung an die Frau Vizebürgermeisterin selbst übernimmst, weil du ja auch

betroffener Ressortverantwortlicher bist bei dieser Frage. Das Projekt Citybike kommt offenbar nicht in die richtigen Gänge, bereits im Jahr 2007 hat der damals zuständige Stadtrat Gerhard Rüschi bis zu 15 Stationen für Leihräder in der Stadt angekündigt. Inzwischen gab es dann einen ordentlichen Leerlauf. Lisa Rücker hat dann im Vorjahr Stationen an neuralgischen Punkten und Leihräder für Zielgruppen, etwa StudentInnen, ins Spiel gebracht, bis heute ist aber nichts passiert.

Herr Bürgermeister, bis wann glaubst du, dass das Projekt „Citybike“ endlich realisiert werden kann?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank für die Fragen, ich habe von der Frau Vizebürgermeisterin einen kurzen Satz als Antwort bekommen, der da lautet: „Ich hoffe, bis zum Sommer alle hausinternen Widerstände überwunden zu haben, um eine Entscheidung treffen zu können.“§ Ich möchte anführen, dass ich dieser hausinterne Widerstand im Moment bin und möchte kurz auch erläutern, worum es geht. Dieses interessante Fahrradprojekt, das wir uns alle wünschen, muss auch finanziert werden. Bei der Finanzierung war angedacht, dass unser Ankünderunternehmen für die Finanzierung sorgen wird, allerdings damit auch verbunden das Ausweiten von Werbeflächen im Stadtgebiet von Graz. Es geht im Konkreten auch darum, dass an so gut wie allen Lichtmasten und Einfahrtstraßen der Stadt zusätzlich wieder Werbetafeln aufgehängt werden. Das ist ein alter Wunsch unseres Ankünderunternehmens. Ich habe aber auch als Verantwortlicher der Stadtplanung jetzt zu einer Besprechung wieder geladen, weil wir in den letzten Jahren gemeinsam Interesse daran gehabt haben, möglichst diesen Werbedruck, dem wir täglich in der Stadt ausgesetzt sind, zu minimieren, zu verkleinern, und deswegen werde ich zuerst mit der Stadtplanung noch einmal Beratungen führen, werde dann gemeinsam mit der Frau Vizebürgermeisterin, mit dem Ankünderunternehmen versuchen, eine Lösung zu finden, dass diese Finanzierung sichergestellt ist. Wenn das nicht gelingen sollte, müssen wir über eine Alternativfinanzierung nachdenken. Das ist der Grund, wieso das bis zum heutigen Tag, sage ich jetzt, leider noch hängt, aber die Wünsche des Ankünder decken sich jetzt nicht gerade mit den Wünschen der Stadtplanung und auch nicht mit meinen

und ich denke mir, du wirst mir Recht geben, dass man da behutsam vorgehen sollte, es gab ja ein interessantes Kunstprojekt vor einiger Zeit in Wien, da hat ein Künstler eine Haupteinkaufsstraße Wiens bearbeitet, indem er mit gelber Folie alle Werbeflächen überpickt hat, das hat begonnen vom Bierkrügel über den Aschenbecher bis hin zu allen Werbetafeln der Stadt und den großen Leuchtschriften, es war unglaublich die Wirkung. Diese Straße war ein einzig gelbes Meer, wenn ich so sagen darf und erst dann wurde jedem wieder einmal bewusst, wie vielen Werbeeindrücken wir ausgeliefert sind. Also die eine Idee ist gut, dieses Fahrradsystem zu schaffen, aber es darf nicht, glaube ich, einhergehen mit einer weiteren Ausweitung von Werbetafeln, wie hier vorgesehen. Deswegen müssen wir noch einmal verhandeln (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper:** Danke für offenherzige Innenschau des Innenverhältnisses. Ich weiß ja, dass die Stadtplanung bislang wenig erfreut gewesen ist. Die Vizebürgermeisterin hat ja schon öffentlich kundgetan: „Wenn hier in den nächsten Wochen von den zuständigen Abteilungen, die leider nicht in meinem Ressortzuständigkeit liegen“, wie du richtig festgehalten hast, „keine Lösung vorgefunden wird, werden wir das System ausschreiben müssen“. Ich hoffe, Herr Bürgermeister, du wirst deiner Vizebürgermeisterin hilfreich zur Seite stehen. Die Frage ist, wirst du das auch tun?

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich kann mir das gar nicht anders vorstellen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.34 Uhr den Vorsitz.

4) Beratungsangebot für UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt an StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Meine Frage betrifft das Beratungsangebot für UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund. Sehr geehrte Frau Stadträtin! In Beantwortung meiner Frage vom Herbst 2009, welche Initiativen zur Unterstützung und Qualifizierung von Grazer UnternehmerInnen mit Mitgrationshintergrund Sie setzen werden, haben Sie mir mitgeteilt, dass eine Befragung bei den UnternehmerInnen, welche Wünsche sie an die Verwaltung haben, angedacht ist beziehungsweise, dass ein Beratungsangebot eingerichtet werden kann im Rahmen der europäischen territorialen Kooperation Slowenien Österreich. Weiters haben Sie auf die Wichtigkeit eines Brückenschlags zwischen MigrantInnen, Wirtschaftskammer und Verwaltung hingewiesen. Gerade die vor der Wirtschaftskammerwahl stattgefundenene Aktion scharf seitens der zuständigen Grazer Behörden im Verbund mit der Wirtschaftskammer zu den Ladenöffnungszeiten hat gezeigt, wie wichtig, dringend notwendig und längst überfällig dieser Brückenschlag wäre. Daher stelle ich an Sie folgende

Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Wird die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung ein Beratungsangebot für UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund schaffen und wird es eine Befragung der migrantischen UnternehmerInnen hinsichtlich ihrer Anliegen an die Verwaltung geben?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Danke für Ihre Frage. Am 20. April 2009 und auch am 23. März 2010 gab es auf meine Initiative hin mit allen Akteuren, sprich mit der Wirtschaftskammer, dem Integrationsreferat, dem MigrantInnenbeirat, Gewerbeamt und auch dem Citymanagement, im Bereich

Migration Treffen, Meetings, bei welchen die Bedürfnisse der Unternehmen abgeklärt und diskutiert werden sollten. Bei der Sitzung am 23. März ergab sich, dass die Beratungstätigkeit inklusive der fremdsprachlichen Informationen, welches wir gegründet haben auch auf Grund der Koalitionsvereinbarung www.gründerservice.at, Publikationen fremdsprachige Informationen bestehen und in ausreichendem Maße vorhanden sind, sodass ein von der Abteilung vorgeschlagener, den wir vorgeschlagen haben auch mobiler Dolmetschdienst nach der Aussage der Vertreter auch der Wirtschaftskammer, weil sie auch dieses Service anbieten, nicht als sinnvoll erachtet wird. Außerdem noch hinzuzufügen, betonte bei der Sitzung am 23. März Frau Köksal, die Leiterin des Integrationsreferates, dass eine ähnliche Begleitungsmaßnahme in Form eines Programms Mentoring für Migranten Impuls zum Erfolg gäbe, welche Arbeitskräfte eben mit Migrationshintergrund eine Unterstützung bieten und sie erfahrene Personen aus der Wirtschaft begleiten. Im Durchschnitt sind es zirka fünf Stunden pro Monat arbeiten die Migranten mit dem Mentor, mit der Mentorin an der Umsetzung der Ziele. Die Beratungstätigkeit für Migration ist auch durch die Wirtschaftskammer sehr gut abgedeckt und wird im Sinne der Dienstleistung angeboten. Abschließend noch zur Frage bezüglich der Befragung. Bei der Sitzung am 23. März wurde seitens der Frau Köksal festgehalten, dass es sehr wichtig wäre, die Befragung durchzuführen und dieser Termin ist am 5. März schon einberufen worden, um das Thema einer Befragung unter den Unternehmen mit Migrationshintergrund auch zu diskutieren, was die Fragestellungen sind.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Das heißt, das Beratungsangebot sehen Sie durch die Wirtschaftskammer abgedeckt und da will die Stadt Graz jetzt keine Initiative setzen, aber die Befragung wird wahrscheinlich stattfinden?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Die Experten der Migration und der Integration dieses Beirates sind gemeinsam zum Entschluss gekommen, dass es ausreichend Informationsmaterial gäbe und hier die bestmöglichen Synergien schon hergestellt

sind. Die Beratung und dieses Informationsgespräch am 5. 10. wird es geben (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) und hier wird dann herauskommen, ob eine zusätzliche Befragung mit welchen Fragen auch immer noch sinnvoll ist.

5) Rückzahlung der Getränkesteuer

GRin. **Bergmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Es geht in meiner Anfrage um die Rückzahlung der Getränkesteuer. Ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes hat die Problematik der Getränkesteuer in letzter Zeit wieder ins Blickfeld der Aufmerksamkeit gerückt. Die Ausgleichszahlungen des Bundes für den Einnahmefall der Gemeinden werden dadurch nämlich in Frage gestellt.

Durch Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes wurde im März 2000 die Getränkesteuer abgeschafft, obwohl diese beim EU-Beitritt 1995 vom damaligen Finanzminister Ferdinand Lacina als EU-konform bezeichnet wurde. Mit dieser Entscheidung haben die Gemeinden nicht nur einen enormen finanziellen Verlust erlitten, sondern wurden zusätzlich auch mit Rückzahlungsforderungen von Gastronomie und Handel konfrontiert, obwohl man davon ausgehen muss, dass die Getränkesteuer im Wege der Preiskalkulation immer auf die KonsumentInnen überwältigt wurde (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*).

Während die Forderungen der Gastronomie durch das „Frankfurter Erkenntnis“ des Europäischen Gerichtshofes abgewiesen wurden, wurde im April 2008 zwischen Städte- und Gemeindebund, Wirtschaftskammer und Regierung eine Rückzahlung von 15 Prozent der im Zeitraum zwischen 1995 bis 2000 bezahlten Getränkesteuer in Höhe von 45,8 Millionen Euro vereinbart, wobei der Bund davon 25 Prozent übernommen hat. Dieser Beitrag des Bundes wird erst jetzt mit fast zweijähriger Verspätung im Wege einer Bedarfszuweisung über die Länder geleistet.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, deshalb folgende

F r a g e :

Wie hoch waren die Forderungen des Handels an die Stadt Graz bezüglich der Rückzahlung von zwischen 1995 bis 2000 abgeführter Getränkesteuer und wie viel wurde bisher von der Stadt zurückbezahlt (*Applaus KPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr verehrte Frau Klubobfrau! Die Forderung des Handels bezüglich der Rückzahlung der Getränkesteuer für alkoholische Getränke für den Zeitraum 1995 bis 2000 betragen insgesamt 13.974.168 Euro. Rückbezahlt wurden an den Handel 2.047.315 Euro, das sind ziemlich genau die von den Interessensvertretungen vereinbarten 15 %. Geringfügige Abweichungen ergaben sich daraus, dass durch die lange Verfahrensdauer einige Betriebe nicht mehr existierten, die Summe weicht um 0,35 % von den 15 % ab. In anderen Fällen waren die Forderungsgläubiger nicht mehr auffindbar oder sie verzichteten inzwischen auf die Rückzahlung.

6) Schulungen zur richtigen Müllentsorgung durch Integrationsvereine

GR. Ing. **Lohr** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer, sehr geehrte Frau Stadtrat! In vielen Siedlungen der Stadt Graz gibt es Probleme bei den Müllsammelstellen. Einerseits funktioniert die Mülltrennung ungenügend, auf der anderen Seite fällt der Müll vielfach neben die Tonne. Hier gibt es vermehrt Beschwerden, vor allem aus den Bezirken Wetzelsdorf und Eggenberg. Da sich die Anzahl der Siedlungsbewohner mit nichtdeutscher Muttersprache in Graz laufend

erhöht, haben die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz bereits reagiert und Flugzettel sowie Aufschriften zur richtigen Müllentsorgung in mehreren Fremdsprachen erstellt. Eine Verbesserung der Situation ist merklich nicht eingetreten. Abhilfe könnte eine gezielte Einschulung und Belehrung in den Siedlungen selbst schaffen. Regelmäßige Kontrollen und Ermahnungen sind in der Folge ebenso durchzuführen. Mit dieser Sache zu befassen wären die zahlreichen Integrationsvereine, die ohnehin Fördergelder der Stadt Graz beziehen. Hier wird ja eine Menge Steuergeld an diese Gruppen ausgeschüttet. Da vor allem aus Siedlungen mit Gemeindewohnungen vermehrt Beschwerden wegen illegaler Müllablagerung aufgetreten sind, stelle ich daher an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, nachstehende

F r a g e :

Werden Sie mit den Integrationsvereinen der Stadt Graz in Verhandlung treten, damit in den Siedlungen mit Gemeindewohnungen entsprechende Schulungen zur richtigen Müllentsorgung durchgeführt werden?

StRin. **Kahr:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat Lohr! Zwei Bemerkungen zuerst: Die Disziplin, den Müll richtig zu trennen, ist in unseren städtischen Gemeindewohnhausanlagen nicht besser und schlechter wie im Rest der Grazer Bevölkerung (*Applaus KPÖ*). Die zweite Bemerkung, es ist egal ob es, leider das muss man ja auch sagen, die Ignoranz, den Müll wegzuwerfen, ist auch kein Unterschied festzustellen, ob es jetzt Migranten oder österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind (*Applaus KPÖ*). Zu den städtischen Wohnhausanlagen, und hier rede ich von den stadteigenen Gemeindewohnungen, kann ich Folgendes vor allem feststellen und vor allem hier erfahren wir immer wieder große Klagen, Sie haben das schon angesprochen, nämlich das, wie zum Beispiel in der Straßganger Straße bei der Kinzlsiedlung mittlerweile unsere Mieter sogar hergehen und sich täglich abwechselnd auf die Lauer legen, weil ständig Pender und Penderinnen ihren Müll bei unseren Müllcontainern reinschmeißen. Wir haben sogar hier die GU-Nummern werden hier aufgeschrieben, aber das ist ein riesiges Problem. Das zweite ist, Conrad-von-Hötzendorf-Straße/Flurgasse, wenn

Sie sich das dort einmal anschauen, das sind von unseren Hausbesorgern sehr gepflegte Grünanlagen. Jedes Mal, wenn eine Veranstaltung im Stadion ist, sind dort Berge von Müllbechern auf unseren Grünstreifen, das entsteht nicht durch die Undiszipliniertheit unserer BewohnerInnen, sondern leider durch disziplinlose Fußballfans. Das sind nur zwei Beispiele. Aber ganz konkret zu Ihrer Frage, dort wo es tatsächlich Probleme durch unsere Bewohner und Bewohnerinnen gibt, da gäbe ich Ihnen Recht, reichen Informationen in schriftlicher Form alleine nicht aus, egal ob das jetzt in deutscher Sprache ist oder ob das im fremdsprachigen Bereich liegt, sondern hier sind tatsächlich ist die einzige Chance, Hausversammlungen durchzuführen, wo man die BewohnerInnen darüber aufklärt, was ihnen richtige Mülltrennung auch bringt, nämlich eine Ersparnis bei den Kosten, und hier gibt es wirklich ausgezeichnete Experten, hier muss man Fachleute einsetzen, die haben wir am Umweltamt und hier ist die Kooperation seit einem Jahr auch gut gelungen. Ganz konkret sind zwei solche Hausversammlungen angesetzt, nicht in unseren Wohnhausanlagen, muss ich dazu sagen, sondern Übertragungswohnbauten und hier haben wir ganz gute Erfahrungen auch, weil hier ganz konkret auch vorgerechnet werden kann, was es ihnen auch an Ersparnis bringt. Und wenn ein Bedarf besteht, wenn man sieht, dass hier auch Menschen beteiligt sind oder wohnhaft sind, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, dann ist es selbstverständlich, das ist ja logisch, dass man dann natürlich auch Dolmetscherinnen und Dolmetscher beizieht (*Applaus KPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Danke einmal für die Antwort. Also uns schildert sich die Situation ein bisschen anders, also zu uns kommen die Bürger vermehrt mit Beschwerden aus den Gemeindewohnungssiedlungen heran, aber ich werde die Adressen dann gerne weiterleiten, dass man dort dann gezielt eben was umsetzen kann. Die Zusatzfrage: Achten Sie bei der Vergabe von Gemeindewohnungen auf ein vernünftiges Verhältnis in der Anzahl von Zuwanderern zu Österreichern in den Siedlungen, welches Prozedere wenden Sie dabei an?

StRin. **Kahr**: Ich persönlich wende überhaupt kein Prozedere an, sondern es gibt klar vom Gemeinderat festgelegte Richtlinien, die hier beschlossen worden sind und an die hat sich das städtische Wohnungsamt zu halten, und insofern werden die Wohnungen auch vergeben. Jede Partei und Mitglied im Wohnungsvergabeausschuss hat die Möglichkeit, jeden Akt einzusehen und sozusagen auch sich selbst ein Bild von der Vergabe der Gemeindewohnungen zu machen. Im Übrigen möchte ich Sie auch noch informieren, dass wir bei unseren stadteigenen Gemeindewohnungen eine Mieterzeitung haben, wo wir zum Beispiel immer das Angebot auch reingeben, dass, wenn der Wunsch ist, Hausversammlungen im Zusammenhang mit sorgfältiger Mülltrennung auch angeboten wird (*Applaus KPÖ*).

7) Welche Maßnahmen setzt das Gesundheitsamt gegen unerwünschte Ratten in Graz?

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat! (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Der Klimawandel sowie genügend Futter sind schuld am prächtigen Gedeihen der Ratten. Wenn die Entwicklung so weitergehe, drohe in den kommenden Jahren eine wahre Rattenplage, so warnen Experten.

Neben den milden Temperaturen ist auch die Umweltverschmutzung ein Grund für die Rattenvermehrung.

Es wird vermehrt viel weggeworfen, so dass es für die Nager Nahrung in Hülle und Fülle gibt. Vor allem auf Müllplätzen und überall dort, wo Essensreste achtlos entsorgt werden, haben sich die Ratten enorm vermehrt.

Wie man einer Wochenzeitung entnehmen kann, gibt es dieses Problem auch im Augarten.

Aus diesem Grund, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Wolfgang Riedler, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgende

F r a g e :

Welche Maßnahmen werden standardmäßig seitens des Gesundheitsamtes im Falle einer Rattenanzeige gesetzt, um eine Ausbreitung frühzeitig einzudämmen?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Da diese Materie sehr komplex ist, möchte ich Ihnen das auch im Detail sehr gerne schildern. Die seitens des Gesundheitsamtes getroffenen und zu treffenden Maßnahmen gegen ein Überhandnehmen von Ratten waren zunächst in den Bestimmungen der Grazer Rattenbekämpfungsverordnung, nunmehr der ortspolizeilichen Gesundheitsschutzverordnung, definiert und festgelegt. Die Rattenbekämpfungsverordnung der Stadt Graz bezog sich in ihrem Ursprung auf das Bundesgesetz zur Bekämpfung von Ratten, dem sogenannten Rattengesetz aus dem Jahr 1925. Dieses wurde mit dem Verwaltungsreformgesetz 2001 außer Kraft gesetzt und damit der Rattenbekämpfungsverordnung nicht alleine der Stadt Graz, österreichweit, die gesetzliche Grundlage entzogen. Während Städte wie Salzburg ihre diesbezüglichen Verordnungen daraufhin ersatzlos aufhoben, stellten andere Städte, beispielsweise Eisenstadt, diese auf eine geänderte gesetzliche Basis. In Graz folgte man ebenso wie in Wien zunächst der Rechtsauffassung, dass die Rattenbekämpfungsverordnung trotz der Außerkraftsetzung des Rattengesetzes solange in Geltung sei, solange sie vom Verfassungsgerichtshof nicht aufgehoben wird. 2005 wurde auch die Wiener Rattenbekämpfungsverordnung vorrangig auf Intervention der Volksanwaltschaft auf eine andere neue gesetzliche Basis, nämlich im Rahmen der Wiener Stadtverfassung, gestellt. Nicht zuletzt auf einer sich insbesondere bei Hausverwaltungen breitgemachten großen Rechtsunsicherheit wegen der bestehenden Rattenbekämpfungsverordnung aus dem Jahr 1999 stellte man 2009 (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) auch in Graz der Wiener und anderen Städten folgend auch der Rechtsmeinung des Präsidialamtes entsprechend die Rattenbekämpfungsverordnung der Stadt Graz durch Aufnahme in die Gesundheitsschutzverordnung ebenfalls auf die erforderliche neue Basis. Der

Beurteilung zur Änderung der ortspolizeilichen Gesundheitsschutzverordnung wurde seitens des Gesundheitsamtes städtehygienische Überlegungen zugrunde gelegt. Diese basierten auf den Beobachtungen und Erfahrungen aus einer jahrzehntelangen allgemeinen und planmäßigen Rattenbekämpfung, wie sie in Graz praktiziert wurde und standen damit offenbar auch im Einklang mit den Überlegungen des Gesetzgebers, Ratten nicht mehr als das vorrangige städtehygienische Problem zu sehen, die der Aufhebung des Rattengesetzes durch den Bundesgesetzgeber zugrunde gelegt wurde. Ratten sollten in Hinkunft in Graz nicht mehr allgemein und planmäßig, sondern nur mehr gezielt bei Rattenvorkommen im Lebensraum Mensch bekämpft werden, was bei der gegebenen städtehygienischen Situation fachlich durchaus vertretbar ist. Die allgemeine und planmäßige Rattenbekämpfungsverordnung eingeschränkt auf die ersten sechs Stadtbezirke fanden nämlich ihre fachliche Begründung im baulichen Zustand des Kanalsystems, der ein Auftreten von Ratten im menschlichen Lebensraum begünstigte. Mit der stattgefundenen Sanierung des alten Kanalsystems und einer allgemein verbesserten stadthygienischen Situation konnte von einer allgemeinen und planmäßigen Rattenbekämpfung abgegangen und auf eine gezielte Rattenbekämpfung im gesamten Grazer Stadtgebiet übergegangen werden. Diese fachlichen Überlegungen lagen auch dem Gemeinderatsbeschluss zur Änderung der ortspolizeilichen Gesundheitsschutzverordnung vom 11. Februar 2009 zugrunde. Nicht zuletzt sahen auch Tierschützer in der allgemeinen und planmäßigen Rattenbekämpfung eine Gefährdung von Haustieren und begrüßten die gewählte gezielte Vorgangsweise. Standardgemäß ist es nunmehr die Vorgangsweise des Gesundheitsamtes, das im Falle der Meldung des Auftretens von Ratten und der Gefahr einer solchen zumeist im Zusammenhang mit einer Beschwerde über den gleichzeitig bestehenden Missstand Mitarbeiter, also Gesundheitsaufseher, einen Ortsaugenschein vornehmen. Bestätigt sich der Verdacht, wird der Liegenschaftseigentümer aufgefordert, sich wegen erforderlicher Bekämpfungsmaßnahmen unverzüglich mit einer konzessionierten Schädlingbekämpfungsfirma ins Einvernehmen zu setzen und diese mit der Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen zu betrauen. Zudem wird er aufgefordert, einen offensichtlich zugleich bestehenden und das Auftreten von Ratten fördernden hygienischen Missstand zu beseitigen, was nicht selten auch die Einschaltung anderer Stellen, insbesondere Bau- und Anlagenbehörde, erforderlich

macht. Die Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen ist dem Gesundheitsamt anzuzeigen, was in der Regel über die beauftragte Schädlingsbekämpfungsfirma erfolgt. Die Kosten der Rattenbekämpfung sind vom Liegenschaftseigentümer zu tragen. Veranlasst der Liegenschaftseigentümer keine Rattenbekämpfung durch eine konzessionierte Firma, dann könnten die erforderlichen Maßnahmen nach den Bestimmungen der ortspolizeilichen Gesundheitsschutzverordnung auch von Amtswegen auf Kosten der Liegenschaftseigentümer veranlasst werden. Bisher war das jedoch nur in äußerst seltenen Anlassfällen notwendig und kamen diese ihrer Verpflichtung zumeist unverzüglich nach. Über diese Maßnahmen im Anlassfall hinaus erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Kanalbauamt eine routinemäßige Beköderung des Kanalsystems. Ein vermehrtes Auftreten von Ratten, das auch Anlass zu gehäuften Beschwerden gab, ist seitens des Gesundheitsamtes nicht zu bemerken. Aus dem Vorgetragenen lässt sich leicht ableiten, dass der Liegenschaftseigentümer des Augartenparks damit die Verpflichtung hätte, gegebenenfalls, dass es tatsächlich zu so einem gehäuften Auftreten von Ratten käme, die entsprechenden Maßnahmen zu setzen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich habe zwei Bitten, die erste Bitte ist, wir haben heute wieder einige Anfragen und Anträge betreffend Lärmbelästigung, es könnten vielleicht ein paar ihren Dialog auch vor der Gemeinderatstüre fortsetzen und die zweite Bitte ist, dass wir auch versuchen, uns an die Redezeitbeschränkung zu halten.

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Jetzt kommt es aber immer wieder vor, und ich weiß das, zum Beispiel gibt es da so ein Anwesen in der Griesgasse, dass es immer wieder vorkommt, dass da Ratten sind. Der Liegenschaftseigentümer macht nichts, das Gesundheitsamt rückt immer wieder aus auf Kosten dessen, es geht nichts weiter, letztens habe ich auch eine Ratte getroffen in der Stempfergasse. Jetzt wollte ich nur fragen, haben Sie so etwas trotzdem bei solchen Gebieten, wo es immer wieder vorkommt, so etwas vor wie einen Ratten-Masterplan?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Einen Ratten-Masterplan kann es auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen beziehungsweise der Verordnungslage der Stadt Graz im Moment nicht geben und er erscheint auch auf Grund der Beschwerdelage im Moment nicht weiter notwendig. Allerdings, wenn Sie, sehr geehrte Frau Gemeinderätin, hier besondere Beobachtungen persönlicher Natur machen, ersuche ich Sie, sich umgehend an mein Gesundheitsamt zu wenden (*Applaus SPÖ*).

8) Graz braucht 400 zusätzliche Heimgärten

GR. **Eichberger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meiner Frage geht es wieder einmal, nachdem ich ja auch Heimgartensprecher bin, um die Situation der Grazer Heimgärtnerinnen und Heimgärtner und weiß mich in guter Gesellschaft mit der Kollegin Gesek, die ja auch immer ein großes Herz für die Heimgartenbewegung hat und sie auch an dieser Frage äußerst interessiert ist. Wir haben in Graz zur Zeit rund 3000 Heimgartenanlagen, wobei es so ist, dass laut Präsident des steirischen Kleingärtnerverbandes Ing. Walter Wusche es zur Zeit auf Grund des großen Interesses und der Nachfrage einen Fehlbestand von rund 400 bis 500 Heimgärten im Grazer Stadtgebiet gibt, und interessant dazu die Zahl: Es stehen momentan also von diesen rund 3000 Heimgärten lediglich 30 bis 40 Parzellen frei.

Es gibt verschiedene Gründe, dass hier diese Heimgartenbewegung eine Renaissance erfährt, ich brauche, glaube ich, auf die Beweggründe nicht unbedingt einzugehen, sind vielen eh bekannt und nachvollziehbar, warum das Interesse momentan eben im Steigen begriffen ist. Auf der anderen Seite ist es zu bedauern, dass die Heimgartenbewegung in Graz nicht mehr den Stellenwert genießt, den sie einmal genossen hat beziehungsweise den sie sich auch verdienen würde, und die Entwicklung ist leider eine sehr traurige, dass trotz steigenden Interesses, trotz steigendem Bedarf an Heimgartenanlagen die Anzahl der Parzellen eher schrumpft

anstelle dass sie zunimmt. Und es ist letztendlich auch ein Armutszeugnis, möchte ich sagen, wenn es nämlich so ist, dass die letzte Heimgartenanlage vor rund 20 Jahren in Graz hier eröffnet wurde. Aber nicht nur, dass es hier eben dazu gekommen ist, dass es keinen Zuwachs an Heimgartenflächen gibt, sind auch rund 1200 Heimgärten durch Prekarien hier gefährdet und können von heute auf morgen verschwinden.

Ich weiß, wie gesagt, dass notwendige Flächen für 400 bis 500 zusätzliche Heimgarten nicht so leicht zu finden sein werden, dass es sicher hier auch eine finanzielle großartige Bedeckung bedürfe, aber trotz alledem sollte man, wenn man auf der anderen Seite Ideen hat, die in die hunderte Millionen Euro gehen, wenn man für gewisse Projekte zig-tausende Euro an Mittel vorsieht, dass auch hier Geld flüssig gemacht wird für die Schaffung zusätzlicher Heimgartenflächen.

In diesem Sinne stelle ich daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

welche Maßnahmen zur Absicherung beziehungsweise Erweiterung der Heimgartenflächen wurden von dir als zuständiger Liegenschaftsreferent gesetzt?
Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herzlichen Dank. Bevor wir zur Antwort kommen, möchte ich einige Schülerinnen und Schüler begrüßen, wir werden heute mehrfach von Schulen Besuch bekommen, ich nehme an, dass wir jetzt 12 Schülerinnen und Schüler von der Schule GIBS hier bei uns auf der Galerie haben. Frau Andrea Kettmann war Ansprechperson. Herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Klaus! Ich bin dir sehr dankbar für diese Frage, weil sie mir Gelegenheit gibt, auch dich über einige Dinge zu informieren, die für dich als Heimgartensprecher der SPÖ offensichtlich noch nicht bekannt waren. Zunächst einmal hat die Stadt Graz rund 480.000 Quadratmeter Grundflächen im Besitz und an den Zentralverband der Kleingärtner zur Nutzung als Kleingartenanlagen verpachtet. Auf diesen Flächen befinden sich 21 Kleingartenanlagen und zirka 1770 Mitglieder, die also dort einen Heimgarten überlassen bekommen haben. Der Großteil dieser Anlagen ist zum Dauerkleingartenland erklärt, und somit sind diese Flächen den Kleingärtnern gesichert. Zu deinem Hinweis, dass im Laufe der letzten 20 Jahre kein Kleingarten gegründet wurde, wollte ich dir nur sagen, es gibt zwei bekannte Fälle, in denen die Stadt Graz oder Unternehmen der Stadt Graz sich besonders eingesetzt haben und durchaus auch sehr viele Kosten aufgebracht haben, um Kleingärten zu retten. Der eine Kleingarten ist der berühmte Kleingarten in der Schörgelgasse, der vom Vorstand des Landesverbandes der Heimgärtner betreut wird, Herrn Wusche, damals hat die BIG auf einer sehr großen Fläche einen Heimgarten, sie hat ihn aufgelöst, und die Stadt hat dort mit durchaus beachtlichen Mitteln zumindest die Hälfte davon gerettet, das heißt, es ist ein Zeichen, dass die Stadt dann, wenn es darum geht, Heimgärten zu retten, durchaus auch keine Ausgaben scheut. Das zweite Beispiel ist der Heimgarten An der Kanzel, auch Ersatzflächen, aber ebenfalls eine Maßnahme, wodurch es gelungen ist, einen Großteil der Heimgärten zu bewahren. Weiters möchte ich darauf hinweisen, dass die Stadt diese Flächen äußerst kostengünstig zu einem wertgesicherten Pachtzins von jährlich rund 35 Cent pro Quadratmeter zur Verfügung stellt, dass eben lediglich in der Anlage Schörgelgasse ein höherer Preis verlangt wird. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir im letzten Jahr auf den Flächen der Asfinag zwar keinen klassischen Heimgarten eröffnet haben, aber immerhin einen Garten, der eine sehr spannende Idee verfolgt hat, nämlich den interkulturellen Garten. Immerhin 2500 m², die neu dazugekommen sind, das ist der Verein Programm Mutter Erde, der dort, denke ich, sehr viel Integrationsarbeit leistet. Ich kann deshalb Vernachlässigung oder jedenfalls als Armutszeugnis, das du da genannt hast, nirgendwo erkennen, die Heimgartenidee lebt, trotz dieser leeren Parzellen, das ist auch klar, dass damit auch gezeigt wird, dass es insgesamt keinen Überhang an Plätzen gibt, sondern im Gegenteil, es gibt eben insgesamt 30 freie Plätze, für die es derzeit keinen Pächter

gibt. In der wirtschaftlichen Betrachtung ein Hinweis, dass hier die Nachfrage nach freien Plätzen noch nicht größer ist als das Angebot (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich schätze dich an und für sich, aber bei dieser Fragebeantwortung muss ich dir leider, weil wir heute schon mit Schulnoten agieren, leider wirklich eine glatt Fünf geben...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Herr Oberlehrer, ohne die Lehrer zu beleidigen.

GR. **Eichberger**: ...weil auch Schüler da sind, weil wenn du sagst, der Erfolg liegt darin, dass in der Schörgelgasse nur 50 % der Heimgartenfläche verbaut wurde, dann gehe ich schon davon aus, dass du weißt, dass da nicht etwas dazugekommen ist, sondern dass zumindest 50 % der dortigen Fläche weggekommen ist. Wenn man es natürlich als Erfolg verkauft, dass nicht alles weggekommen ist, dann ist es ein großartiger Erfolg. Und das Zweite auch zu deiner Antwortbeantwortung: An der Kanzel ist ein neuer Heimgarten entstanden, ich darf nur darauf aufmerksam machen, dass sich dieser Heimgarten nicht im Stadtgebiet von Graz befindet. Letztendlich muss ich eines dazusagen, wie gesagt, es ist in deiner Beantwortung hier zu keiner nennenswerten Beantwortung gekommen, weder in Richtung Erweiterung, noch in Richtung Absicherung, deshalb die Frage noch einmal konkret an dich: Bist du nicht bereit, als Liegenschaftsreferent die momentan nicht als Dauerland gewidmeten Flächen letztendlich in Dauerland umwidmen zu lassen (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Erstens fühle ich mich durchaus als Kosmopolit; wenn ein Heimgarten an der Stadtgrenze etwas außerhalb von Graz ist, dann würde ich das noch durchaus in die Kalkulation in die Rechnung mitaufnehmen. Bezüglich der Schörgelgasse finde ich, gibt es eine ganz klare Antwort, lieber Klaus, eine ganz klare Antwort. Jemand Dritter wollte dort 20.000 m² für Bauland nutzen, an einen Bauträger verkaufen und die Stadt ist eingesprungen und hat zumindest die Hälfte davon gerettet. Das, denke ich, ist sehr wohl ein Erfolg, wenn hier die Stadt nicht dabei gewesen wäre, dann wären diese 20.000 insgesamt weg gewesen. Ich habe das nicht als Ausweitung verkauft, würde ich auch nie, ist ja völlig richtig, aber ich habe nur gezeigt, wie wichtig der Stadt Heimgärten sind und ich erinnere mich auch noch damals an den Bürgermeister Stingl, der sich damals ebenfalls sehr, sehr eingesetzt hat, ich denke schon, dass das eine sehr, sehr wichtige Aktion war, um wenigstens eben einen Teil dieser Heimgärten zu retten und dafür ist die Stadt eingesprungen. Ohne die Stadt wären es weniger gewesen. Die Diskussion über das Kleingartenland läuft, wir haben eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, in der die Stadtplanung vertreten ist, die Baudirektion und auch die Liegenschaftsverwaltung. Ich möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass ein Großteil der Flächen, der Großteil der Anlage, ich weiß jetzt nicht auswendig, ob es 70 oder 75 % sind, ist bereits als Kleingartenland vorgesehen, sodass das jedenfalls nicht das große Problem insgesamt darstellt (*Applaus ÖVP*).

9) Sportentwicklungsplan

GRin. **Jahn** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: In meiner Frage geht es um das Thema Sportentwicklungsplan für die Stadt Graz. Die Stadt bietet ja ein sehr spannendes Angebot an unterschiedlichen Sportstätten. Neben den Projekten, die momentan im Bau sind, wie das Bad Eggenberg oder auch der baldige Bau auch von der Dreifachhalle HIB Liebenau, wissen wir, dass es eine ganze Reihe Projekte gibt, wo wir eigentlich noch nicht so genau wissen, wie wir da in Zukunft weiter tun. Es gibt die ASKÖ-Halle, wo aufgrund

dieses schwierigen Projekts Sportpark, das momentan nicht in realistische Nähe rückt, sehr viele offene Fragen sind, wie es damit weitergeht, es gibt immer noch das Problem des LUVs, die nach wie vor nach einem neuen Standort suchen. Wir haben auch einen Renovierungsbedarf bei der Eishalle Liebenau, dort gibt es Probleme mit der Hängedeckenkonstruktion einerseits und andererseits aber auch, dass alle diejenigen, die dort wirklich sportlich aktiv werden oder sind und vermehrt sein möchten, zu wenig Eiszeiten dort bekommen, weil es eben sehr, sehr viele Vereine gibt, die in der Halle aktiv sind. Das sind Eishockey, Eiskunstlauf etc. Es führt leider auch dazu, dass viele derjenigen, die in der Eishalle unten sind, sich quasi Ersatzquartiere in Graz-Umgebung suchen und es für uns natürlich auch einerseits ein Standortproblem ist und andererseits natürlich auch das Geld, die Einnahmen dann nach Graz-Umgebung fließen. Zusätzlich wissen wir auch, da können wir ja durchaus ehrlich sein, auch das Trainingszentrum des GAK in Weinzödl wird uns in Zukunft beschäftigen, so oder so wird man sich überlegen müssen, welche zusätzlichen NutzerInnen zum GAK man in das Trainingszentrum auch lassen könnte. Wir haben das Sachprogramm Sport, das teilweise auf diese Punkte und auch auf die Bedürfnisse eingeht, was wir allerdings nicht haben, ist so etwas wie ein Sportstättenentwicklungskonzept. Einen Überblick wann, wo, was, wie sinnvoll zu tun wäre. Vor dem Hintergrund von Sanierungsstau, sich änderndem Freizeitverhalten und auch knappen finanziellen Ressourcen ist es umso wichtiger, dass wir uns gut überlegen, wo wir sanieren, was wir sanieren und was aber auch nicht.

Daher meine

F r a g e :

Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dem Vorbild anderer Städte entsprechend einen Sportentwicklungsplan für die Stadt Graz zu erstellen, um eine zielgerichtete Entwicklung der Sportstätten in der Stadt zu ermöglichen?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrte Frau Klubobfrau! Wir haben uns mit dieser Frage im Sportressort vor rund eineinhalb Jahren auch beschäftigt, ob wir eben so

ein Programm, so eine Planung angehen sollen. Letztendlich haben wir uns darauf zurückgezogen auf das bereits angesprochene Sachprogramm Sport, das ja im Jahre 2006, ich glaube im Sommer 2006 war das, hier im Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde. Und dieses Sachprogramm Sport wurde ja nach sehr intensiven Beratungen zwischen all den Persönlichkeiten, Vereinen, die mit dem Sport sich in Graz befassen, aber auch bis hin zur Sportmedizin, zum Schulsport etc. erarbeitet und auch alle Sprecherinnen und Sprecher der einzelnen Gemeinderatsklubs waren da voll involviert. Ich möchte nicht in Abrede stellen, dass auch ein zusätzlicher Plan uns da und dort neue Wege aufzeigen könnte, letztendlich steht und fällt aber das meiste, das wir umsetzen wollen, auch schon auf Basis des Sachprogramms Sport am Geld. Und ich denke, wenn ich den Vergleich bringen darf, eine weitere Konzeption des Wünschenswerten, jetzt kennen wir den Begriff von einem anderen Projekt, möchte ich eigentlich nicht angehen, bevor ich nicht wesentliche Punkte des bestehenden Programms umgesetzt habe. Weil ich weiß, dass gerade jene Persönlichkeiten, die sich im Sport engagieren, selbstverständlich bereit wären, hier auch wiederum mitzuarbeiten und sich einzubringen, mir ist es aber lieber, sie nicht bei Sitzungen zu beschäftigen, sondern das eine oder andere Projekt umzusetzen. Einige laufende Projekte hast du angesprochen, das ist erfreulich, dass beispielsweise Bad Eggenberg so gut auf Schiene ist, dass der Architekturwettbewerb für die HIB-Halle für eine internationale Ballsporthalle in Liebenau auch auf Schiene ist, wir wissen, dass das ASKÖ-Areal einer wirklichen Erneuerung bedarf. Wir diskutieren über ein Projekt in der Kärntner Straße, also wir haben einige Dinge, die wir gerade im Infrastrukturbereich umsetzen möchten und auch umsetzen werden, aber zusammenfassend: Ich möchte wesentliche Projekte der Sportinfrastruktur, die letztlich auch aus dem Sachprogramm Sport herauskommen, zuerst umsetzen und dann gehen wir einen neuen Plan an (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Jahn:** Das heißt also, die Priorität ist jetzt die HIB-Liebenau, die Dreifachhalle und die weiteren Prioritäten sind eigentlich noch offen, bis die Finanzfrage geklärt ist, habe ich das jetzt richtig verstanden?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also das Projekt HIB-Liebenau, hier ist auch die Finanzierung sichergestellt, zumindest wenn wir in diesem Rahmen bleiben, also das haben wir auch im Budget dargestellt unseren Anteil. Wir wissen mittlerweile auch, was ein Neubau des Moduls ASKÖ Center neu in Eggenberg kostet, die Finanzierung ist hier völlig offen und wir kennen auch das eine oder andere Projekt sowohl dem Inhalt nach wie auch den Kosten nach, du hast das richtig interpretiert, wann diese einzelnen Projekte umgesetzt werden können, wird letztlich eine Frage des Budgets sein.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 14.10 Uhr den Vorsitz.

10) Schadenserhebung und Renovierung von Frostschäden auf Grazer Straßen

GR. **Hötzl** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Frage geht jetzt offenbar an Sie, Herr Bürgermeister, nämlich Schadensbehebung und Renovierung von Frostschäden auf Grazer Straßen. Nach einem langen und intensiven Winter sind an zahlreichen Grazer Straßen entsprechende Witterungsschäden zu verzeichnen. Die Qualität der Grazer Straßen trägt wesentlich zur Sicherheit der Grazer Bürger bei, weshalb hier mit großer Sorgfalt agiert werden sollte. Anlässlich des letzten Budgetgemeinderates beziehungsweise der davor stattgefundenen Ausschusssitzungen konnten wir vom Herrn Dipl.-Ing. Egger von den Wirtschaftsbetrieben erfahren, dass es eigentlich keine freien Geldmittel mehr gibt, um etwaige Frostschäden reparieren zu können. Er hat auch gesagt, dass er nur die Hauptstraßen reparieren kann und die Nebenstraßen nur notdürftig.

Daher richte ich an Sie namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

F r a g e :

Wurden Ihrerseits bereits Informationen über die tatsächliche Schadenshöhe auf den Grazer Straßen eingeholt und wurde bereits mit entsprechenden Sanierungsarbeiten begonnen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank. Nach einem der stärksten und längsten Winter der letzten Jahre mit unzähligen Frost- und Tauperioden sind heuer leider vergleichsweise viele Frostschäden auf den öffentlichen Verkehrsflächen entstanden. Unsere endgültigen Erhebungen haben nun ergeben, dass neben rund 7.000 m² Pflasterflächen in der Innenstadt auch zirka 5.000 m² Asphaltflächen im sonstigen Stadtgebiet in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Gesamtschadenshöhe der Frostschäden kann demnach auf rund 1,3 Millionen Euro geschätzt werden, wobei zirka eine Million Euro allein im Innenstadtbereich bei den Pflasterflächen zu investieren wäre. Die Sanierungsarbeiten sind im Innenstadtbereich, am Schloßbergplatz bereits kurz vor der Fertigstellung sowie im gesamten Stadtgebiet auf den sonstigen Fahrbahnen nach der Priorität der Sicherheit im Gange. Für die Sanierung sämtlicher betroffener Fahrbahnstellen sind die budgetären Mittel derzeit aber nicht vorhanden. Die Wirtschaftsbetriebe kontrollieren jedoch ständig, um die Gefahrenstellen sofort provisorisch zu beseitigen. Weitere vordringliche Sanierungsbereiche in der Innenstadt, wie die Verbindung vom Schloßbergplatz zum Kaiser-Franz-Josef-Kai oder der Mariahilferplatz, stehen auf der obersten Prioritätenliste der Wirtschaftsbetriebe der Stadt. Derzeit versuchen wir, aus dem knapp bemessenen Budget der Straßenerhaltung eine Sanierung dieser Bereiche im Bestand zu finanzieren. Ganz grundlegend möchten wir aber noch einmal betonen, dass das Grazer Straßennetz nach einer erst kürzlich erfolgten systematischen Zustandsbewertung, es handelt sich um das in Österreich vorbildhafte Projekt GSS, bei dem das gesamte Netz zu Fuß kontrolliert und die Ergebnisse danach kategorisiert wurden, im Durchschnitt nach dem Schulnotensystem in einem guten Zustand ist. Natürlich gibt es immer einzelne Straßenzüge, die in einem weniger guten Zustand sind. Diese werden aber dann je nach Priorität der Straße, und Hauptverkehrsrouten haben eine höhere Priorität als Nebenstraßen, in das

alljährliche Straßensanierungsprogramm der Wirtschaftsbetriebe aufgenommen und saniert, das heißt, wir bemühen uns sehr, diese vielen tausend Quadratmeter möglichst schnell auch wieder in ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.

GR. **Hötzl**: Vielleicht nur eine Verständnisfrage. Haben Sie jetzt nur von den städtischen Straßen gesprochen, weil es gibt ja genügend Bundes- und Landesstraßen auch in Graz oder sämtliche auf Grazer Stadtgebiet befindliche Straßen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Meines Wissens nach ist das eine Erhebung des gesamten Stadtgebiets, dass wir selbstverständlich auch immer mit den übergeordneten Gebietskörperschaften bemüht sind, dass alle Straßen in Ordnung sind, ist auch klar. Wir arbeiten dran und es kann uns allen nicht schnell genug gehen, aber heuer sind wir besonders gefordert.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.15 Uhr den Vorsitz.

11) Muttermalvorsorgeuntersuchung in den Grazer Freibädern

GR. Mag. **Molnar** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GR. Mag. **Molnar**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riedler! Ende Juni/Anfang Juli veranstaltet die Grazer Hautklinik Muttermal-Vorsorgeuntersuchungen in den steirischen Freibädern und Badeseen. Leider findet diese sinnvolle Aktion nicht in Graz statt.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Riedler, die

F r a g e:

Können Sie sich vorstellen, sich dafür einsetzen, dass diese Vorsorgeuntersuchung auch in den Grazer Bädern angeboten wird?

StR. Mag. Dr. **Riedler:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Diese Vorsorgeuntersuchung hat bereits einmal in Graz stattgefunden, es ist allerdings schon mehrere Jahre her. Voraussetzung dafür, dass diese von Sunwatch durchgeführte Aktion unter der Leitung von Dozentin Dr. Richtig und von der Krebshilfe finanzierte Aktion überhaupt durchgeführt werden kann ist, dass es einen abgeschiedenen und abgedeckten Raum für die Durchführung der Untersuchung geben muss. Also mit andern Worten, ein Freibad und daneben im Idealfall ein Hallenbad oder eine andere größere Räumlichkeit. Das wäre bei uns eigentlich nur möglich im hoffentlich bald in neuem Glanz erstrahlenden Bad Eggenberg. Es müssen ungefähr 400 Personen untersucht werden, dass sich so eine Aktion auch auszahlt, daher muss das Bad auch eine gewisse Größe haben. Wie Sie richtig sagen, wäre diese Maßnahme trotzdem auch im Grazer Stadtgebiet sehr wünschenswert. Ich habe daher bereits vor einiger Zeit, also vor zirka einem Jahr, mit Dozentin Dr. Richtig Kontakt aufgenommen und die Zusage erhalten, dass wir, sobald das Bad neu eröffnet sein wird, möglicherweise im nächsten Sommer eine solche Aktion auch in Graz durchführen können (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Molnar:** Soviel ich weiß, das Straßganger Bad verfügt über Nebenräume und ich weiß auch, dass diese Aktion vor drei Jahren „Sonne ohne Reue“ im Straßganger Bad auch stattgefunden hat, und dort sind 400 Personen untersucht worden im Straßganger Bad. Also die Möglichkeiten bestehen, außer vielleicht im Winter ist im Straßganger Bad was abgerissen worden, was ich nicht mitbekommen

habe, aber an und für sich die Infrastruktur würde bestehen. Glauben Sie, dass das im Straßganger Bad möglich wäre, wo die Infrastruktur besteht?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Wie ich bereits gesagt habe, habe ich mit der Frau Dozentin Richtig, die Sie ja auch kennen, Kontakt aufgenommen und sie hat mir diese Auskunft gegeben und wir haben die fixe Vereinbarung also für die Eröffnungssaison. Es ist leider nur in einer eingeschränkten Zahl von solchen Untersuchungstagen möglich, das auch machen zu lassen in der gesamten Steiermark. Es wird ja diese Aktion in der gesamten Steiermark auch durchgeführt. Ich werde aber unter Hinweis auf Ihre Anmerkung noch einmal Kontakt mit ihr aufnehmen, ich nehme aber an, dass die Untersuchungstermine für das heurige Jahr bereits vergeben sind (*Applaus SPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 14.20 Uhr den Vorsitz.

12) Kosten für MülldetektivInnen

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Bauer**: Ich darf die Frage, die ich eigentlich an die Frau Bürgermeisterstellvertreterin Rucker stellen wollte, nunmehr an den Herrn Bürgermeister richten. Die Frau Vizebürgermeisterin hat angekündigt, ein Projekt MülldetektivInnen durchzuführen, sie hat auch zuerkannt in einer Tageszeitung, dass es nicht funktioniert hat und jetzt wollte ich gerne wissen, wie hoch waren die Gesamtkosten für dieses Projekt?

Bgm. Mag. **Nagl**: Sherlock Holmes bei den Mülltonnen. Insgesamt verursacht die Reinigung der Sammelstellen für die getrennten Sammlungen Jahreskosten von mehr als 900.000 Euro, davon wird zirka die Hälfte aus Einnahmen aus dem ARA-System abgedeckt. Die Kosten für den Detektiv betragen im Jahr 2007 7.500 Euro, im Jahr 2009 3.100 Euro. Diesem Aufwand gegenüber stehen Einnahmen durch die Verrechnung der Sonderentsorgung in der Höhe von 9.000 Euro. Darüber hinaus werden die Sammelstellen laufend auch durch unsere eigenen Mitarbeiter kontrolliert. Dies geschieht in der normalen Dienstzeit, somit fallen hier keine weiteren externen Kosten an. Die Verschmutzer, die der Detektiv erwischt hat, wurden an die Bau- und Anlagenbehörde zur Bestrafung weitergeleitet.

GRin. Mag.^a **Bauer**: Damit man weiß, was richtig in die Tonne kommt oder nicht, muss man ein wenig Kenntnis über das Trennsystem und die Trennanforderungen haben. Meine Frage geht jetzt in diese Richtung, wer wurde hiermit beauftragt beziehungsweise über welche Kenntnisse haben diese Detektive verfügt (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glaube, dass unsere städtischen Entsorgungsunternehmen und auch unsere stadteigenen Wirtschaftsbetriebe in den letzten Jahren sehr bemüht waren, die Kenntnisse zum Thema Mülltrennen wirklich bis an die Endverbraucher zu bringen, das hat mit Schulprojekten begonnen und geht eigentlich ganz klar bis zu den Anschlagstafeln, die in allen Wohnhäusern sind. Ich denke, dass hier wirklich viel Information da ist und wir sind halt bemüht, durch eigene Mitarbeiter oder auch durch Externe zu verhindern, dass Müllsammelstellen einfach missbraucht werden.

GRin. Mag.^a **Bauer**: Die Frage oder beziehungsweise die Antwort auf die Frage nach der Qualifikation und wer damit beauftragt ist. Hintergrund ist nämlich der, dass im Abfallwirtschaftsplan ganz klar geregelt ist, wer was zu tun hat, und hier ist auch für

die Kontrolle beziehungsweise für die Einhaltung ganz klar, sogar namentlich festgelegt, wer hier zuständig ist und von Externen ist keine Rede. Somit würde ich Sie ersuchen, Herr Bürgermeister, der Frage, auch wenn die Frau Vizebürgermeisterin schon länger im Amt ist, dem nachzugehen, inwieweit hier nicht ordnungsgemäß Gelder der Stadt verwendet wurden, über eine Antwort diesbezüglich würde ich mich freuen, auch wenn es außerhalb der Geschäftsordnung ist (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Selbstverständlich wird es darauf auch eine Antwort von der Frau Vizebürgermeisterin geben, ich denke nicht, dass Gelder hier falsch verwendet wurden, sondern dass sogar Gelder hereingekommen sind, das muss man auch einmal betonen und gleichzeitig mitgeholfen wurde, dass das Thema der Müllsammelstellen, das man eh permanent hier herinnen diskutieren, einer besseren Lösung zugeführt worden ist. Aber wir werden es genau beantworten.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.25 Uhr den Vorsitz.